

“...die fehlende Unterstützung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter in ihrem Kampf um Entschädigung kennzeichnet das Versagen einer - zumindest der Rethorik nach- auch antifaschistischen Linken.”

Artikel "Die verweigerte Solidarität" für ein Dossier zum Thema Zwangsarbeit. Erschienen der Wochenzeitschrift Jungle World, Bündnis gegen IG Farben, Oktober 1999

Seit August 1999 hat auch die IG Farben i.A. einen der derzeit so in Mode gekommenen Entschädigungsfonds. Liquidator Volker Pollehn gab sich geschichtsbewusst: "Niemand - am allerwenigsten das Restvermögen von IG Farben - kann sich seiner historischen Verantwortung entziehen. Ob es uns gefällt oder nicht: IG Farben ist und bleibt das Negativsymbol schlechthin für die Zusammenarbeit der deutschen Industrie mit den Nationalsozialisten." Damit sind nun auch die IG-Farben-Überlebenden Gegenstand der Versöhnungsbereitschaft der deutschen Industrie. Mit der scheinbaren Rückbindung an die Verbrechen der Deutschen, die zugleich eine weitere Entwürdigung der seit Jahrzehnten um Entschädigung kämpfenden Überlebenden zu Almosenempfänger/innen bedeutet, hat IG Farben die Zeichen der Zeit erkannt. Spätestens mit dem Postulat der sogenannten Berliner Republik und dem

Regierungsantritt von Rotgrün wurde die jahrzehntelange aggressive Haltung gegenüber den Überlebenden scheinbar von einem Eingehen auf Entschädigungsforderungen abgelöst. Dies geschieht jedoch keineswegs im Bewußtsein der deutschen Verbrechen, geschweige denn aus Achtung vor den Überlebenden und ihren Forderungen, sondern, wie Bundeskanzler Schröder dekretierte, zum Schutz der deutschen Wirtschaft.

Die deutsche Grundhaltung seit 1945, dass es keine Rechtsansprüche der Opfer auf Entschädigung geben darf und dass die Täter und Täterinnen beziehungsweise ihre Erben entscheiden, wer wieviel Entschädigung bekommt, bleibt unverändert bestehen. Die neue Qualität der Entschädigungsdebatte unter Rotgrün manifestiert sich in der Dreistigkeit, mit der Almosen als Entschädigungszahlungen verkauft werden. Die Überlebenden spielen in der Initiative der Bundesregierung und der Unternehmen zur Gründung eines Fonds keine Rolle. Ziel dieser Initiative ist nicht Entschädigung für die Opfer, sondern die endgültige Erledigung jedes Verweises auf die Mittäterschaft deutscher Unternehmen am Nationalsozialismus. Mit der lächerlichen finanziellen Ausstattung des Fonds sollen neben der Entschädigung für Zwangsarbeit möglichst ohne größere öffentliche Diskussion etwaige Ansprüche aus "Arisierungen", Unterschlagungen, medizinischen Experimenten sowie Plünderungen in den von Deutschland besetzten Ländern u.ä. ein für alle Mal abgegolten werden. In der geforderten Rechtssicherheit deutscher Unternehmen wird der Umgang mit den Opfern ein weiteres Mal deutlich: ihnen sollen jegliche individuellen Rechtsansprüche abgesprochen werden. Die Überlebenden mussten sich ihre Beteiligung an den Verhandlungen erst mit der Drohung der Sammelklagen erzwingen. Wer sich jedoch angesichts einer solchen Politik der Entrechtung und Nichtbeachtung der Opfer Empörungstürme der noch nicht in die offizielle Staatspolitik eingebundenen

Linken erwartet, übersieht die Geschichte des Umgangs der Linken mit der deutschen Vernichtungspolitik und ihren Opfern.

Nach 1945 standen die NS- Verfolgten in ihrem Kampf um Anerkennung und Entschädigung und gegen die Rehabilitierung der Täter in der deutschen Gesellschaft allein. Mit dem Auschwitz-Prozess in Frankfurt in den sechziger Jahren begann eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die schon damals keinen anderen Zweck verfolgte, als den Unterschied zwischen der demokratischen BRD und dem NS-Staat zu dokumentieren. Die 68er Bewegung markierte in diesem Prozeß einen Einschnitt – anstatt jedoch das Besondere am Nationalsozialismus herauszuarbeiten, verallgemeinerte man den europäischen Faschismus und machte so die Vernichtung der europäischen Juden ein weiteres Mal unsichtbar. Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre setzte ein Prozeß ein, der die Opfer nicht länger unsichtbar machte, sondern sie in die kollektive Erinnerung einbezog. Nicht trotz, sondern wegen Auschwitz sollte die BRD auch im internationalen Rahmen wieder eine größere Rolle spielen. Die achtziger Jahre wurden zum goldenen Jahrzehnt der "Erinnerungsarbeit", jener spezifisch deutschen Form, sich die geschichtlichen Tatsachen solange vor Augen zu führen, bis sie jeden Sinns enthoben sind.

Mehr und mehr emanzipierte sich diese "Erinnerungsarbeit", zum Beispiel von Geschichtswerkstätten, vom Antifaschismus, von der Losung "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg", und entwickelte sich zu einer unverbindlichen humanistischen Botschaft, die – im Nachhinein betrachtet – der nächste Schritt war, dem Antifaschismus die Definitionsmacht über die Konsequenzen aus dem deutschen Faschismus zu entziehen und diesem eine eigene Definition entgegenzustellen. Herausgekommen ist dabei, daß alle irgendwie viel mitgemacht haben und irgendwie Opfer sind.

An dieser humanitären Verwässerung des Antifaschismus waren nicht zuletzt die

Antifaschist/inn/en selbst schuld. Hatten sie doch zum einen selbst im Zusammenhang mit der Bombardierung deutscher Städte jahrzehntelang NS-Propagandalügen nachgebetet und zum anderen die deutsche Bevölkerung von jeder Verantwortung für die NS-Verbrechen freigesprochen. Gerade in den achtziger Jahren, die von der Friedensbewegung gekennzeichnet waren, wurde der Zusammenhang von deutschem Krieg und deutschem Faschismus zugunsten einer pazifistischen Kriegsgegnerschaft in den Hintergrund gedrängt, die zwar an sich ehrenwert ist, aber der deutschen Friedensbewegung die Relativierung von Auschwitz in Propagandaformeln wie der vom "atomaren Holocaust" erst ermöglicht hat. Bitburg war der Kulminationspunkt des Versagens der deutschen Linken, der Umdeutung der deutschen Geschichte zugunsten der Täter ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen. 1985 reichten sich Kohl und Reagan über den Gräbern von Waffen- SS-Soldaten die Hände und fuhrten anschließend nach Bergen -Belsen, um dort der NS-Opfer zu gedenken. Damals schrieb der US-amerikanische Soziologe Moishe Postone in einem "Brief an die westdeutsche Linke": "Wieso gab es keine großen Demonstrationen? (...) Daß so viele auf der Linken die ganze Angelegenheit offenkundig als zweitrangige Störung betrachteten, als ein Stück Show-Business ohne politische Bedeutung, bringt ein Maß von Blindheit zum Ausdruck, das seinerseits nur bestätigt, wie weitgehend die fundamentale Verdrängung im Kern des nachkriegsdeutschen sozialen Bewußtseins die Gegenwart durchdrungen hat und an eine neue Generation übertragen worden ist."

Aber weder die rassistische Pogromwelle nach 1990, noch die Umgestaltung der Neuen Wache 1993 oder die diversen kleinen und großen Skandale im Zusammenhang mit der Entschädigung von Überlebenden der deutschen Verbrechen, weder der 8. Mai 1995 noch die diversen Geschichtsdebatten der letzten Jahre hinderten die Linke daran, an den

politischen Mustern fest zu halten, die aus Bitburg ihr eigentliches Versagen machten. Auch zu den wesentlichen Diskussionen im Rahmen deutscher Vergangenheitsbewältigung im ersten Jahr der rotgrünen Regierung war die Reaktion Schweigen. Im Zusammenhang mit der Friedenspreis-Rede Martin Walsers wurde die Ignoranz der deutschen Linken gegenüber den Opfern der NS-Vernichtungspolitik so deutlich wie nur selten zuvor. Eine Auseinandersetzung mit Walsers Rede, dem Gründungsdokument der Berliner Republik, war offensichtlich dem Teil der Linken nicht zuzumuten, der sich von dem Regierungswechsel Hoffnung auf eine Verbesserung der Bedingungen für außerparlamentarische Opposition gemacht hat. Die Aussicht auf den Übergang Deutschlands in eine zivilgesellschaftliche Normalität rückte die notwendige Kritik an dieser Normalisierung und der damit einhergehenden Diskriminierung der Opfer des deutschen Faschismus in den Hintergrund. Der Kosovo-Krieg war ein weiterer Einschnitt. Die ehemaligen Bündnispartner aus den Reihen des "bürgerlichen Antifaschismus" waren nun in der Regierung, die deutsche Linke zog in den Krieg. An den Nebenkriegsschauplätzen wurde über mögliche Beweggründe des NATO-Einsatzes diskutiert, in alter Tradition vermutete man eine imperialistische Intervention zugunsten der Erschließung neuer Zugangswege zu Chrom und Blei oder schärfte die Waffen der Kritik an den Opfern der Intervention. Die Kritik an der militärischen Versöhnung mit der deutschen Vergangenheit blieb aus. Die Schreckensszenarien von Konzentrationslager-Scharping fanden ihren direkten Niederschlag in der mit aller Vehemenz geführten Debatte um die "Vertreibungspolitik serbischer Nationalisten". Das antiserbische Ressentiments war in der neuen deutschen Friedensbewegung genauso virulent wie in der bürgerlichen Presse. Statt Solidarität mit den Opfern deutscher Aggression zu üben, wurde der Antinationalismus, z.B. auf autonomen Demonstrationen in Form von

antiserbischer Blockbildung, treffsicher neu entdeckt.

Die Kritik an diesem Krieg blieb in ihrer deutlichsten und wirksamsten Form einigen wenigen überlassen, die auf Unterstützung oder gar Solidarität seitens der deutschen Linken noch nie vertrauen konnten: Überlebenden der deutschen Vernichtungspolitik. In einem Brief von 14 Überlebenden der Shoa wandten sich diese "gegen eine neue Art der Auschwitzlüge" und forderten die sofortige Einstellung des Bombardements auf Jugoslawien. Die neue deutsche Friedensbewegung nahm diesen historisch begründeten Blick auf die deutsche Rolle nicht zum Anlaß politische Analysen oder Handlungsformen zu überdenken.

Die zwischen Ignoranz und Affirmation schwankende Reaktion auf die Formierung einer aggressiven deutschen Außenpolitik durch Rotgrün, das kritiklose Hinnehmen der Umdeutung antifaschistischer Begriffe und die fehlende Unterstützung ehemaliger NS-Verfolgter in ihrem Kampf um Entschädigung kennzeichnet das Versagen der - zumindest der Rhetorik nach auch - antifaschistischen Linken.

Berliner Bündnis gegen IG Farben